

1 DIE LINKE. Berlin
2 7. Landesparteitag, 1. Tagung
3 15./16. Dezember 2018

4

5 **Antrag A1 NEU**

6 **Antragsteller*innen:** Landesvorstand

7 **Wem gehört die Stadt? Für eine solidarische Stadtpolitik in einer offenen** 8 **Gesellschaft**

9 *(Eigene Ergänzungen des Landesvorstands sind kursiv; Übernahmen sind durch Angabe in Klammern*
10 *kenntlich gemacht.)*

11 Der Landesparteitag möge beschließen:

12 Berlin ist keine Insel. Berlin ist eine Hauptstadt in einem Europa, das derzeit in vielen Ländern eine
13 Richtungsauseinandersetzung führt. Es geht dabei um die Frage, ob wir eine moderne, fortschrittliche
14 und solidarische linke Antwort geben können auf die Herausforderung, dass viele Menschen die
15 Internationalisierung großer Bereiche unserer Gesellschaft als unübersichtlich und verunsichernd
16 empfinden. Eine Antwort, die an den Prozessen der Öffnung, der Liberalität und der Vielfalt anknüpft,
17 die soziale Gerechtigkeit und demokratische Teilhabe für alle Menschen in den Mittelpunkt stellt und
18 einer Politik der Schließung und Abschottung eine klare Absage erteilt. Eine Antwort, die an den realen
19 Unterdrückungsverhältnissen in der Stadt und der Gesellschaft anknüpft und die Interessen der
20 Ausgebeuteten, Unterdrückten, Diskriminierten zusammenbindet für gemeinsame Kämpfe um mehr
21 soziale Gerechtigkeit, Demokratie und Frieden.

22 In vielen Ländern Europas beängstigt der Vormarsch rechtspopulistischer Positionen, Parteien und
23 auch Regierungen. Die Europawahlen am 26. Mai 2019 werden vor diesem Hintergrund zu einer
24 Richtungsentscheidung für die Europäische Union werden. *Umso notwendiger ist eine starke vereinte*
25 *Linke, die dem fortgesetzten Kurs der Austerität, mit Kürzungen und Soziaabbau, sowie Abschottung und*
26 *Militarisierung eine soziale Perspektive entgegensetzt: mit konkreten Forderungen, die die*
27 *Lebensverhältnisse in der EU verbessern und angleichen. (mod. ÜN ÄA1.2)*

28 Wir stehen ein für ein solidarisches Europa, das die Erpressungspolitik der *EU-Technokratie und*
29 *neoliberale Regierungen (ÜN ÄA1.3)* vor allem gegenüber den südeuropäischen Ländern beendet, *das*
30 *eine soziale Entwicklung ermöglicht und fördert, das sich demokratisch erneuert (ÜN ÄA 1.4),* das für
31 Frieden und internationale Solidarität einsteht, das eine humanitäre Flüchtlingspolitik betreibt, sichere
32 Fluchtrouten und sichere Häfen garantiert und gleichzeitig alles dafür tut, dass die Kriege in der Welt
33 beendet werden, das seinen Beitrag zu Abwendung weiterer Klima-, Umwelt- und Hungerkatastrophen
34 leistet. Dafür kämpfen wir im Europawahlkampf im nächsten Jahr und nehmen uns als Berliner
35 Landesverband vor, einen wichtigen Beitrag für ein gutes Ergebnis der LINKEn bundesweit zu leisten.

36 Wir sind überzeugt, dass die Mehrheit der Menschen dann von einer offenen Gesellschaft überzeugt
37 bleibt, wenn die Vision einer sozialen Einwanderungsgesellschaft sichtbar und praktisch erlebbar
38 gestaltet werden kann. Es waren und sind die Städte, die mit den Herausforderungen der
39 Globalisierung, mit den Verheerungen des marktradikalen Neoliberalismus zuerst konfrontiert waren.
40 Deshalb werden in vielen Städten in ganz Europa und in der Welt Gegenmodelle zur Politik der
41 Entsolidarisierung, Prekarisierung und Vereinzelung entwickelt. Traditionelle Parteienpolitik verknüpft
42 sich neu mit Bewegungsaktivismus und mehr Demokratie.

43 Berlin verarbeitet als Ost-West-Metropole überdies völlig unterschiedliche geschichtliche Erfahrungen.
44 Wenn soziale und libertäre Politik Mehrheiten überzeugt, strahlt sie über die Grenzen der Städte
45 hinaus und kann auch die Kämpfe um die Werte in ländlicheren Regionen unterstützen.

46 **1. Solidarische Stadt – mit #r2g im Kampf um die stadtpolitische Wende**

47 In den vergangenen zwei Jahren hat DIE LINKE. Berlin gemeinsam in der rot-rot-grünen Koalition
48 die Probleme der schnell wachsenden Stadt, der kapitalistischen Metropolenentwicklung in Angriff
49 genommen. Wir wollen eine Stadt für alle, unabhängig vom Geldbeutel. Als LINKE haben wir in den
50 letzten beiden Jahren bereits wegweisende Schritte für eine offene und solidarische Gesellschaft
51 gehen können. Ein Berlin für alle heißt für uns, dass wir nicht unterscheiden woher jemand
52 kommt, in welchem Teil der Stadt er lebt, welche Sprache er spricht oder wen oder wie er liebt.
53 Wir beschreiten transformatorische Wege und schaffen Verbesserungen, die nicht ohne weiteres
54 wieder rückgängig gemacht werden können. Wir erstreiten auch gemeinsam mit vielen
55 stadtpolitischen Initiativen erlebbare Veränderungen, die Spuren hinterlassen sollen.

56 Dabei haben wir in vielen Bereichen Fortschritte erzielt:

- 57 • *Mobilität für alle:* Wir verbilligen das Sozial- und Schülerticket, wir weiten den Berlin-Pass auf
58 Wohngeldbeziehende aus. Mit dem Mobilitätsgesetz bringen wir ÖPNV, Rad- und Fußverkehr
59 voran.
- 60 • *Bildung für alle:* Im Rahmen der Berliner Schulbauoffensive investieren wir mehr als 5 Mrd.
61 EUR in die Sanierung der Berliner Schulen und werden 60 neue Schulen planen und bauen.
62 Wir führen die Lernmittelfreiheit an den Grundschulen wieder ein und schaffen die Gebühren
63 in der Kita und schrittweise im Hort ab. Wir erhöhen die Gehälter für Lehrkräfte und
64 verbessern die Arbeitsbedingungen sowie die Ausbildungssituation. Die Gemeinschaftsschule
65 ist endlich Regelschule.
- 66 • *Wohnen für alle:* Wir begrenzen die Mieten bei den städtischen Wohnungsbaugesellschaften,
67 wir erhöhen mit der AV Wohnen den Wohnkostensatz für Transferleistungsbeziehende. Wir
68 haben mittlerweile über 50 Gebiete mit Milieuschutz, nehmen dort das Vorkaufsrecht offensiv
69 wahr und entziehen so Häuser der privaten Spekulation. Wir beschleunigen den Wohnungsbau
70 und bevorzugen den Bau preiswerten Wohnraums. Die Wohnungsbauförderung wurde
71 zugunsten von mehr familiengerechten und günstigen Wohnungen umgestellt. Jeder
72 Eigentümer, der für die Realisierung von Wohnraum Planungsrecht benötigt muss 30 Prozent
73 der Wohnfläche verbilligt anbieten. Wir beenden den Ausverkauf städtischer Grundstücke und
74 haben die Regelungen zur Zweckentfremdung von Wohnraum deutlich verschärft. Offene
75 Mieterberatungen wurden in fast allen Bezirken für alle eingeführt. Die Kosten einer
76 Mitgliedschaft in einem Mieterverein werden für Transferleistungsbeziehende übernommen.
77 Nach dem Motto „Mieter*innen aller Bezirke versichert Euch“ sagen wir denjenigen den
78 Kampf an, die Mieter*innen quälen.
- 79 • *Gesundheitsversorgung für alle:* Wir ermöglichen die Versorgung von nicht-versicherten
80 Kranken und die offensive Beratung von schwangeren Frauen (§ 219a).
- 81 • *Eine funktionierende Stadt für alle:* Wir verbessern die Bezahlung im Öffentlichen Sektor und
82 erreichen bis 2021 den Durchschnitt der Länder. Wir digitalisieren die Berliner Verwaltung für
83 gute öffentliche Dienstleistung und fördern offene Daten.“

84 • *Gute Arbeit für alle:* Wir erhöhen den Landesmindestlohn weiter, und beenden die
85 sachgrundlose Befristung im öffentlichen Dienst und den Landes-Unternehmen. Öffentliches
86 Geld und Aufträge werden an Gute Arbeit gekoppelt.

87 • *Solidarische Ökonomie für alle:* Genossenschaften als Orte und Instrumente
88 selbstorganisierten und –verwalteten Wirtschaftens und Wohnens werden in die
89 stadtentwicklungspolitische Strategie eingebunden.

90 • *Kultur für alle:* Mit der Entscheidung für neuen Standort der Zentral- und Landesbibliothek
91 und für einen neuen Bibliotheksentwicklungsplans haben wir ein Signal für eine moderne,
92 der Stadtgesellschaft verpflichtende Kultur- und Bildungseinrichtung, die alle Schichten
93 der Bevölkerung erreicht, gesetzt.

94 • *Ein Willkommen für alle:* Geflüchtete werden in Gemeinschaftsunterkünften aufgenommen,
95 Notunterkünfte gehören der Vergangenheit an. Wir konzipieren Modulare Unterkünfte als
96 Wohnungen und setzen auf eine dezentrale Unterbringung. Priorität bleibt, dass
97 Geflüchtete selbstbestimmt in Wohnungen leben können. Wir schaffen ein
98 Landesaufnahmeprogramm für Syrer*innen und Iraker*innen sowie jetzt neu für
99 besonders schutzbedürftige Geflüchtete und erleichtern den Zugang zu Sprache, Bildung
100 und Ausbildung. *Anders als vom Bund gefordert, richtet Berlin keine Ankerzentren ein.*

101 • *Wir treiben die Rekommunalisierung von in der Vergangenheit privatisierter öffentlicher*
102 *Daseinsvorsorge voran.* Jetzt besteht die Chance, dass das Stromnetz zurück in die
103 öffentliche Hand zu nehmen.

104 Wir haben aber in den zwei Jahren r2g auch die Erfahrung gemacht, dass notwendige Veränderungen
105 zum Beispiel in der Mieten-, der Gesundheits- und Krankenhaus-, der Flüchtlings- und
106 Partizipationspolitik immer wieder an Grenzen stoßen, die von der bundespolitischen Gesetzgebung
107 einer großen Koalition gesetzt werden, die auf Repression, Abschottung und durch die Union auf die
108 weitere neoliberale Durchdringung der Gesellschaft orientiert.

109 Wir haben auch die Erfahrung gemacht, dass notwendige Veränderungen Zeit brauchen, bis sie in der
110 Dreier-Koalition von Linken, Grünen und SPD ausgehandelt werden können, bis sie die Gremien von
111 Land und Bezirken durchlaufen haben und sie dann bei den Berlinerinnen und Berliner ankommen.
112 Viele Entscheidungen z.B. im Bereich der Mieten- und Liegenschaftspolitik wenden sich direkt gegen
113 die Verwertungsinteressen großer privater Investoren. Umso notwendiger ist es, über alle Prozesse
114 des Regierungshandelns höchstmögliche Transparenz herzustellen und auf Dialog und Einbeziehung zu
115 setzen.

116 **2. #Unteilbar – Berlin für Alle**

117 Es gibt bereits ein internationales Netzwerk solidarischer Städte, die sich einer sozialen Politik für die
118 gesamte Stadtbevölkerung und einer humanitären Flüchtlingspolitik verpflichtet haben. Dazu zählen
119 Städte wie Barcelona, Neapel, Palermo, Athen, aber auch Leipzig und Zürich.

120 Internationaler Austausch von guter Politik auf stadtpolitischer Ebene ist wichtig, um die eigenen
121 Erfahrungen einzubringen und neue Ideen für die eigene Politik mitzunehmen. DIE LINKE. Berlin
122 unterstützt daher den Senat in dem Bemühen, Teil des Netzwerks von „solidarity cities“ zu werden
123 und dort aktiv mitzuarbeiten, wie es Berlin schon in anderen fortschrittlichen Städtenetzwerken wie

124 den „mayors für peace“, „Metropolis“ oder cities for adequate housing“ und ICORN (International
125 Cities of Refuge Network) tut. Wer in Berlin lebt, ist BerlinerIn oder Berliner. Der Zugang zu Bildung,
126 Bibliotheken, Kultur, Arbeit, Gesundheit und Wohnen darf nicht am Aufenthaltsstatus hängen.

127 Berlin als solidarische Stadt bedeutet, dass wir den eingeschlagenen Weg konsequent weiter gehen
128 müssen:

129 • Alle Berlinerinnen und Berliner, unabhängig davon, ob sie innerhalb oder außerhalb des S-
130 Bahnringes leben, müssen die gleichen Möglichkeiten haben, auf die Geschicke der Stadt, ihrer
131 Bezirk und Kieze Einfluss zu nehmen und am städtischen Leben teilzuhaben. Wir wollen in Ost wie
132 West eine gute Ausstattung mit Ärztinnen und Ärzten und mit einer hochwertigen
133 Krankenhausversorgung. Verkehrsinfrastruktur muss nicht nur die Außenbezirke besser mit der
134 Innenstadt verbinden, sondern auch innerhalb und zwischen den äußeren Kiezen ausgebaut
135 werden. Nicht nur die Mitte, sondern Berlin als Ganzes ist Kulturstadt. Wir setzen uns für Theater,
136 Galerien und Musiksäle in der ganzen Stadt, für die ganze Vielfalt der Berlinerinnen und Berliner
137 ein. Überall, wo neue Wohnungen entstehen, wollen wir lebenswerte Stadtquartiere entwickeln.

138 • Ausbau von Demokratie und Teilhabe: die Bürgerhaushalte in den Bezirken sind wichtige Foren
139 der Mitbestimmung und Beteiligung. Auch die Stadtentwicklung, Bebauungsplanung und
140 Gestaltung der Kieze muss mit den Berlinerinnen und Berlinern weiter entwickelt werden. Kritik
141 von Unternehmen und politischer Konkurrenz an demokratischer Beteiligung als Zeitverzögerung
142 bei wichtigen Bau- und Entwicklungsvorhaben weisen wir zurück. Demokratische Teilhabe ist ein
143 wichtiger Schlüssel, damit sich die Berlinerinnen und Berliner ihre Stadt zurückholen können.

144 • Kunst und Kultur können ein zentrales Mittel des Austauschs und der Selbstverständigung der
145 (Stadt-)Gesellschaft zu sein. Voraussetzung dafür ist eine gleichberechtigte Teilhabe aller am
146 kulturellen Leben. Mehr kulturelle Bildung, moderne Bibliotheken als Kultur- und
147 Begegnungsstätten, eintrittsfreie Museumstage, attraktive Musik- und Jugendkunstschulen
148 bleiben unser Auftrag.

149 • Im Kampf um Mobilität für alle sind wir mit dem kostenlosen Schülerticket für die Kinder, die
150 Transferleistungen bekommen, schon einen wichtigen Schritt gegangen. *Mit dem*
151 *Nachtragshaushalt wird die Kostenfreiheit im ÖPNV für alle Schüler*innen unabhängig vom*
152 *Einkommen der Eltern eingeführt. Als nächsten Schritt zum fahrscheinlosen ÖPNV setzen wir und für*
153 *ein 365 Euro Ticket für alle ein, verknüpft mit einem deutlichen Kapazitätsausbau im ÖPNV.*

154 • Gute Arbeit für alle: Der Landesmindestlohn wird ebenso wie der Vergabemindestlohn auf
155 armutsfeste 12,63 Euro angehoben. Der öffentliche Dienst wird weiterentwickelt im Interesse der
156 Beschäftigten an Zeitsouveränität, Vereinbarkeit von Arbeit und Familie und guter Entlohnung.

157 • Die deutlich bessere Bezahlung der Fachkräfte in den Sozial- und Erziehungsberufen in KITAS, der
158 Jugendhilfe, in Schulen und in unseren Jugendämtern ist überfällig. Dies ist nicht nur den
159 gewachsenen qualitativen Anforderungen und dem akuten Fachkräftemangel in diesen Bereichen
160 geschuldet sondern auch unseren Ansprüchen an gute Qualität in der Bildung und Erziehung von
161 Kindern und Jugendlichen. Wir kämpfen für den Erfolg der kommenden Tarifverhandlungen zum
162 Tarifvertrag der Länder, wo in einem ersten Schritt der Lückenschluss zur Bezahlung im TVÖD
163 erfolgen muss. Wir sehen darüber hinaus das Land Berlin in der Pflicht auch unabhängig vom
164 Ausgang der Tarifverhandlungen, eine angemessene Vergütung umzusetzen.

- 165 • Prekäre Beschäftigung bekämpfen wir auf allen landespolitisch möglichen Ebenen: sachgrundlose
166 Befristungen im öffentlichen Dienst und den landeseigenen Unternehmen und Beteiligungen sind
167 unterbunden. Projektträger bekommen zusätzliche Landesmittel, um ihre Beschäftigten
168 tarifgerecht zu entlohnen. Künstlerinnen und Künstler bekommen zusätzliche Unterstützung
- 169 • Solidarität mit den Beschäftigten in Arbeitskämpfen: wir haben den Kampf der Beschäftigten von
170 Siemens, Ledvance, Knorr-Bremse um den Erhalt ihrer Arbeitsplätze nach Kräften unterstützt. Wir
171 unterstützen die Beschäftigten der Dumping-Flug-Linie Ryanair im Kampf um einen Tarifvertrag,
172 die Bildung von Betriebsräten und weitere verbrieft Arbeitsrechte. Das ist ein Gebot
173 europäischer Solidarität. Der erste Schritt ist die Streichung der im Flugwesen existierenden
174 Besonderheit, dass Betriebsräte nur gebildet werden können, wenn es auch Tarifverträge gibt.
175 *Dazu hat der Senat eine Bundesrats-Initiative auf den Weg gebracht, die einen deutlich früheren*
176 *Wegfall dieser Sonderregelung vorsieht.*
- 177 • Neue Chancen für Langzeiterwerbslose. Mit einem neuen Modellprojekt bekommen
178 Langzeiterwerbslose neue Chancen auf dem Arbeitsmarkt, freiwillig in gesellschaftlich sinnvoller
179 Arbeit bei gemeinnützigen Trägern, landeseigenen Unternehmen oder im öffentlichen Dienst zu
180 Tariflöhnen, mindestens aber zum Landesmindestlohn, voll sozialversichert, unbefristet und unter
181 der Maßgabe, dass dadurch reguläre Arbeit nicht verdrängt werden kann.
- 182 • Ausbau solidarischer Ökonomie: Berlin als Metropole avanciert zur Start-Up Hauptstadt und
183 Digitalkonzerne wollen die Hauptstadt erobern. Mit dem erfolgreichen Protest gegen den Google-
184 Campus in Kreuzberg ist heute klar: Berlin wehrt sich, wenn digitale Industrien drohen die
185 Bevölkerung vor Ort zu verdrängen, und diesem nicht z.B. durch Milieuschutzgebiete
186 entgegengewirkt wird. Alternativen sind da und Berlin ist Hauptstadt der
187 Plattformgenossenschaften, Hack-Spaces und Fablabs und damit der gemeinwohlorientierten und
188 solidarischen Digitalwirtschaft.
- 189 • Flüchtlinge sind willkommen. Berlin wird weiter seine Landesaufnahmeprogramme auflegen und
190 auf Bundesebene dafür streiten, dass das rigide Grenzsystem der Europäischen Union aufgelöst
191 wird. Das Mittelmeer darf nicht weiter das Massengrab Europas sein. Wir brauchen sichere Häfen
192 und sichere Fluchtwege. Seenotrettung ist kein Verbrechen. *Berlin muss weiter bereit sein,*
193 *Geflüchtete aus humanitären Gründen aufzunehmen.*
- 194 • *Berlin führt keine Abschiebungen nach Afghanistan, nach Syrien und in den Irak durch. Berlin lehnt*
195 *jegliche Erwägung ab, die Maghreb-Staaten und Georgien als sichere Herkunftsstaaten einzustufen*
196 *(ÜN ÄA 1.6).*
- 197 • Ein hungriger Bauch lernt nicht gut. Wir wollen ein qualitativ hochwertiges, kostenloses
198 Mittagessen für alle Kinder an allen Schularten.
- 199 • Berlin als Stadt der Älteren und der Menschen mit Behinderungen: Auch wenn Berlin als junge
200 hippe Metropole gilt, wird die Stadt gleichzeitig immer älter. Wir sichern soziale Infrastruktur für
201 umfassende demokratische Teilhabe aller. Wir meinen, dass barrierefreies Bauen Standard
202 werden und insbesondere die wohnortnahe Nahversorgung erhalten bleiben muss. Wir werben für
203 Patenschaftsmodelle von jung und alt, mit und ohne Einwanderungsgeschichte, denn Geschichte
204 und Erfahrungen der Älteren sind wichtig für die weitere Entwicklung einer solidarischen
205 Gesellschaft.

- 206 • Gute Pflege – gute Gesundheitsversorgung: wir unterstützen das Anliegen des Volksbegehrens
 207 Gute Krankenhäuser und prüfen alle dem Land zur Verfügung stehenden Möglichkeiten, um die
 208 Arbeitsbedingungen in den Krankenhäusern zugunsten von Beschäftigten und Patient*innen zu
 209 verbessern. Die ungleiche ärztliche Versorgung zwischen den Bezirken muss schrittweise
 210 aufgehoben werden. Die Chance, in Lichtenberg schnell einen Facharzttermin zu bekommen muss
 211 genauso hoch werden wie in Wilmersdorf. *Mit der Anhebung der investiven Mittel bei den*
 212 *öffentlichen Krankenhäusern ergeben sich auch neue Spielräume zur tariflichen Besserstellung der*
 213 *Beschäftigten und zur Rückholung der Tochtergesellschaften.*
- 214 • Ausbau von Infrastruktur für Frauen*: die Zahl der Frauenhausplätze wurde erhöht. Die Mittel für
 215 Beratung von gewaltbetroffenen Frauen werden ebenso angehoben wie für die Beratung
 216 geflüchteter Frauen und Mädchen, für weibliche Opfer von Stalking und Internethetze. – Nach 25
 217 Jahren soll es 2019 wieder einen Frauenstreik geben: immer noch unbezahlte Arbeit von Frauen
 218 soll sichtbar werden. Wir unterstützen den Streik um gleiche Rechte, gleiche Bezahlung,
 219 selbstbestimmte Sexualität und Lebensführung. *Der 8. März wird Feiertag und bleibt Kampftag*
 220 *gegen patriarchale Machtverhältnisse und für die Befreiung der Frauen hier und überall.*
- 221 • Obdachlosigkeit ist in Berlin zunehmend ein internationales Problem. Neben der akuten Not- und
 222 Kältehilfe, die von den Bezirken zu leisten ist, braucht es mehr bezahlbaren Wohnraum und die
 223 Bereitschaft von Vermieterinnen und Vermietern, Obdachlosen einen Neustart zu ermöglichen.
 224 Das Projekt „housing first“, das jetzt Wohnungslosen schnell eine Wohnung vermittelt, um sie aus
 225 dem Kreislauf von Jobverlust, Obdachlosigkeit, Sucht und Krankheit herauszulösen und ihnen
 226 schnell Perspektiven zu eröffnen, ist ein guter Ansatz. Viele der Obdachlosen auf den Straßen
 227 Berlins sind Menschen aus den osteuropäischen EU-Ländern, die unter falschen Voraussetzungen
 228 nach Berlin gekommen sind, ausbeuterischen Arbeitsverhältnissen unterworfen wurden und
 229 Gegenwehr mit dem Verlust der Unterkunft bezahlen müssen. Sie brauchen genauso
 230 Unterstützung wie alle anderen Obdachlosen in einer solidarischen Stadt.
- 231 • Alle Berliner_innen, ob alteingesessen oder neu hinzugezogen, brauchen Wohnraum und eine
 232 funktionierende Stadt. Die Stadt ist nicht für Investoren da, sondern braucht bezahlbaren
 233 Wohnraum, soziale Infrastruktur und lebenswerte Stadtquartiere – auch und gerade in den neuen
 234 Stadtquartieren, die derzeit entwickelt werden. Deswegen wollen wir den Anteil des bezahlbaren
 235 Wohnraums im Rahmen des Berliner Modells weiter erhöhen.
- 236 • *Freiräume für alle:* Wir kämpfen um den Erhalt von Kleingärten. Sie sind wichtige Bestandteile
 237 eines gesunden Stadtklimas für alle und leisten einen wichtigen Beitrag für sozialen
 238 Zusammenhalt und als Orte des Zusammenkommens jenseits von Konsumzwang. Wir verteidigen
 239 das Stadtgrün und die städtischen Freiräume. Eine Bebauung des Tempelhofer Feldes lehnen wir
 240 weiterhin ab, denn das Tempelhof-Gesetz gilt.

241 **3. Der Landesparteitag beauftragt den neu zu wählenden Landesvorstand:**

- 242 1. Die bundesweite Kampagne zur Europawahl 2019 mit den Bezirken in Berlin umzusetzen und
 243 gemeinsam für eine exzellentes Ergebnis der Linken in Berlin zu kämpfen. Wir wollen unser
 244 Ergebnis von 2014 (16,4 %) dieses Mal übertreffen
- 245 2. Nach den Europawahlen einen breiten partizipativen Prozess zur Erarbeitung der
 246 Wahlstrategie und des Wahlprogramms 2021 aufzulegen. Die bereits erfolgte Bildung der
 247 AG21 ist dazu ein erster geeigneter Schritt.

- 248 3. Die regelmäßigen Basiskonferenzen zu den verschiedenen Berliner Landespolitik fortzusetzen
249 und dabei verstärkt Vertreterinnen und Vertreter der Berliner Stadtgesellschaft einzubinden.
250 Diese sollen durch regionale Vor-Ort-Konferenzen in der ganzen Stadt ergänzt werden.
- 251 4. Mit Blick auf die LINKE Woche der Zukunft 2019 in Zusammenarbeit mit interessierten
252 Genossinnen und Genossen und der Abgeordnetenfraktion eigene Zukunftswerkstätten
253 insbesondere zu den Themen Solidarische Ökonomie im Digitalen Zeitalter und Alternativen zu
254 Tech-Konzernen einzubringen